



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

09/2023

Das BAMF

# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren 3

EuGH: Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft bei „rechtskräftiger Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“ 3

Zugang zu Wasser von der MENA-Region bis zum Gangesdelta – Quelle künftiger Konflikte und Migrationsbewegungen? 4

Neue Länderreporte zu Eritrea und Somalia 5

MedCOI - Medical Country Report Vietnam 6

## Rechtsprechung 6

OVG Greifswald / Eritrea: Zumutbarkeit einer Reueerklärung zur Erlangung des Diasporastatus 6

OVG Berlin-Brandenburg / Syrien: Kein Familienflüchtlingsschutz für Zweitehefrau 7

VG Oldenburg / Haiti: Abschiebungsverbot aufgrund humanitärer Krise 7

## Neuerwerbungen der Bibliothek 9

## Impressum 10



## EuGH: Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft bei „rechtskräftiger Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“

Mit seinen Urteilen vom 6. Juli 2023 hat der Europäische Gerichtshof in drei Vorabentscheidungsverfahren (Rechtssache C-663/21, C-8/22 und C-402/22) umfassend die unionsrechtlichen Vorgaben bzw. das Norm- und Prüfprogramm zur „Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft in Bezug auf Drittstaatsangehörige, die wegen einer besonders schweren Straftat rechtskräftig verurteilt worden sind“, konkretisiert.

Vor allem hat der Gerichtshof klargestellt, dass eine Aberkennung nicht allein auf die Feststellung einer „rechtskräftigen Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“ gestützt werden könne. Vielmehr hänge die mitgliedstaatliche Befugnis, die Flüchtlingseigenschaft abzuerkennen, von der weiteren Prüfung ab, ob der Drittstaatsangehörige eine „Gefahr für die Allgemeinheit des Mitgliedstaates“ darstelle<sup>1</sup> und sich die Aberkennung in Bezug auf die Gefahr, die der betreffende Drittstaatsangehörige für ein Grundinteresse der Allgemeinheit des Mitgliedstaates darstelle, als „verhältnismäßig“ erweise.<sup>2</sup> Dazu im Einzelnen:

### Begriff der „besonders schweren Straftat“

Zunächst war der Gerichtshof auf Vorabentscheidungsersuchen des niederländischen Raad van State in der Rechtssache C-402/22 aufgefordert, den Begriff der „besonders schweren Straftat“ zu definieren und in diesem Zusammenhang vor allem die Rechtsfrage zu klären, ob der Schweregrad gegebenenfalls auch durch die Kumulierung verschiedener Straftaten, von denen keine als solche eine besondere Schwere aufweise, erreicht werden könne.<sup>3</sup>

Der Gerichtshof entschied, dass eine „besonders schwere Straftat“ nur eine solche sei, die „aufgrund ihrer spezifischen Merkmale eine außerordentliche Schwere aufweise, als sie zu den Straftaten gehören, die die Rechtsordnung der betreffenden Gesellschaft am stärksten beeinträchtigt“. <sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund könne der Schweregrad auch nicht allein durch eine Kumulierung verschiedener Straftaten erreicht werden, von denen keine als solche eine besonders schwere Straftat darstelle.<sup>5</sup>

Vielmehr seien die Mitgliedstaaten bzw. zuständigen Behörden verpflichtet, im Rahmen einer individuellen Prüfung und Bewertung die konkrete Straftat unter

Berücksichtigung sämtlicher besonderer Umstände des Einzelfalls zu würdigen (wie etwa die Art der begangenen Straftat, die Art und das Maß der verhängten Strafe, etwaige mildernde oder erschwerende Umstände wie etwa eine vorsätzliche Begehung, Art und Ausmaß der durch die Straftat verursachten Schäden, Art des Strafverfahrens zur Ahndung der Straftat).<sup>6</sup> Den Mitgliedstaaten bliebe es aber unbenommen, Mindestschwellen festzulegen und zu definieren.<sup>7</sup>

### Normative Eigenständigkeit des Begriffs der „Allgemeingefahr“

In der Rechtssache C-8/22 hatte der Gerichtshof anlässlich einer Vorlage des belgischen *Conseil d'État* (Staatsrat) sodann zu klären, ob die Aberkennung allein mit der Feststellung einer „rechtskräftigen Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“ gerechtfertigt werden könne und die vom Wortlaut eingeforderte Vorgabe einer „Gefahr für die Allgemeinheit“ bereits durch die rechtskräftige Verurteilung impliziert sei.

Der Gerichtshof entschied nunmehr, dass die „Gefahr für die Allgemeinheit“ nicht schon durch die „Verurteilung wegen einer besonders schweren Straftat“ als erwiesen angesehen werden könne. Ebenso wenig könne die rechtskräftige Verurteilung eine grundsätzliche Vermutung im Sinne einer Beweislastumkehr begründen.<sup>8</sup>

Vielmehr seien die Mitgliedstaaten verpflichtet, unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände des Einzelfalls zu prüfen, ob von dem betreffenden Drittstaatsangehörigen zum aktuellen Zeitpunkt (noch) eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr für ein Grundinteresse der Allgemeinheit des Mitgliedstaates ausgehe, wobei vor allem auch das (Nachtat-)Verhalten und die Entwicklung des Drittstaatsangehörigen bei der Beurteilung der Gegenwärtigkeit zu berücksichtigen seien.<sup>9</sup>

### Prüfung der Verhältnismäßigkeit – Rückkehrgefährdung bleibt außer Betracht

Schließlich hatte der Gerichtshof in den Rechtssachen C-8/22 und C-663/21 zu beurteilen, ob die mitgliedstaatliche Befugnis, die Flüchtlingseigenschaft abzuerkennen, von der Feststellung abhängt, dass sich eine solche Maßnahme in Bezug auf die Gefahr, die der betreffende Drittstaatsangehörige für ein Grundinteresse der Allgemeinheit des Mitgliedstaates darstelle, als verhältnismäßig erweise, vor allem, ob gegebenenfalls auch die Gefährdungen zu berücksichtigen seien, die dem Drittstaatsangehörigen bei einer Rückkehr in seinem Herkunftsland drohten.<sup>10</sup>

1 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-8/22, Rn. 72, Leitsatz 1 und Leitsatz 2.

2 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-663/21, Rn. 33 und Rn. 52, Leitsatz 1.

3 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-402/22, Rn. 18, Vorlagefrage 1.

4 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-402/22, Rn. 37.

5 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-402/22, Rn. 39.

6 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-402/22, Rn. 43.

7 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-402/22, Rn. 47.

8 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-8/22, Rn. 65.

9 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-8/22, Rn. 64.

10 EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-663/21, Rn. 33.

Mit Verweis auf seine Begründung in dem Urteil zu der Rechtssache C-8/22 betonte der Gerichtshof zunächst, dass sich die Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft in Bezug auf die Gefahr, die der betreffende Drittstaatsangehörige für ein Grundinteresse der Allgemeinheit des Mitgliedstaats darstellt, als verhältnismäßig darstellen müsse.

Vor allem sei der Mitgliedstaat bzw. die zuständige Behörde verpflichtet, die Möglichkeit zu prüfen, andere, die gemäß der Anerkennungsrichtlinie zu gewährenden Rechte weniger beeinträchtigende, Maßnahmen zu ergreifen, die die Allgemeinheit des Mitgliedstaats, in dem sich der betreffende Drittstaatsangehörige aufhält, ebenso wirksam schützen.<sup>11</sup>

Gleichwohl sei die Gefahr, der ein Drittstaatsangehöriger bei einer Rückkehr in sein Herkunftsland ausgesetzt wäre, bei der Prüfung der Aberkennung nicht zu berücksichtigen, sondern gegebenenfalls erst dann, wenn die zuständige Behörde beabsichtige, gegen diesen Drittstaatsangehörigen eine Rückkehrentscheidung zu erlassen.<sup>12</sup>

#### Auswirkungen auf die Bundesamtspraxis

Zusammenfassend hat der Gerichtshof mit seinen Urteilen zwar die normative Eigenständigkeit der Aspekte der „Allgemeingefahr“ und „Verhältnismäßigkeit“ betont und die Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Prüfung der Aspekte unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände des Einzelfalls verpflichtet.

Vor allem werden die Mitgliedstaaten auch im Hinblick auf die vom Gerichtshof als erforderlich erachtete Verhältnismäßigkeitsprüfung und Folgenabwägung zwischen dem mitgliedstaatlichen Aberkennungsinteresse im Hinblick auf die Gefahr, die der Drittstaatsangehörige für ein Grundinteresse der Allgemeinheit des Mitgliedstaats darstellt, und dem Interesse an der Fortgewährung der gemäß der Anerkennungsrichtlinie zu gewährenden Rechte abzuwägen haben.

Gleichwohl werden sämtliche vom Gerichtshof eingeforderten Auslegungs- und Abwägungsvorgaben vom Bundesamt bereits bei der Anwendung und Umsetzung des § 73 Abs. 5 i. V. m. § 3 Abs. 4 AsylG i. V. m. § 60 Abs. 8 AufenthG weitestgehend berücksichtigt, so dass die Urteile keine größeren Auswirkungen auf die Verfahrens- und Entscheidungspraxis des Bundesamtes bewirken dürften, zumal auch die Frage der Rückkehrgefährdung, wie der Gerichtshof ausdrücklich entschieden hat, weiterhin erst bei dem Erlass einer Rückkehrentscheidung zu berücksichtigen ist.

#### Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung / Revisionsverfahren

<sup>11</sup> EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-8/22, Rn. 68 mit Verweis auf Urteil vom 02.05.2018, K. und H.F., C-331/16 und C-366/16, EU:C:2018:296, Rn. 63 und 64.

<sup>12</sup> EuGH, Urt. v. 06.07.2023, C-663/21, Rn. 42.

## Zugang zu Wasser von der MENA-Region bis zum Gangesdelta – Quelle künftiger Konflikte und Migrationsbewegungen?

1985 formulierte der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali den berühmt gewordenen Satz: „Der nächste Krieg im Nahen Osten wird um Wasser geführt werden, nicht um Politik.“ Dass dieser damals als prophetisch angesehene Spruch sich nicht bewahrheitet hat, ist fast 40 Jahre später ebenso klar.<sup>13</sup> Dennoch ist Wasserknappheit ein Problem, das die MENA-Region (Middle East and North Africa) wie auch Zentralasien überproportional betrifft. Auswirkungen des Klimawandels, der wiederholt mehrjährige Dürren begünstigt hat und weiter begünstigen wird<sup>14</sup> sowie das rapide Bevölkerungswachstum des letzten Jahrhunderts und die entsprechende Ausweitung wasserintensiver Produktion sind hierbei ursächlich verantwortlich. Diese Probleme werden verschärft durch die nicht ausreichende Reaktion oder mangelnde Ressourcen vieler Regierungen, die Nutzung veralteter Technologien in der Bewässerungswirtschaft und ineffiziente oder nicht vorhandene Abwassernetze, unzureichende Klärung und insgesamt problematisches Wassermanagement. Bei Betrachtung der globalen Verteilung von Wasserknappheit, von der rund ein Viertel der Weltbevölkerung betroffen ist, zeigt sich eine Konzentration in einer Region, die von den südöstlichen Mittelmeeranrainerstaaten über die Arabische Halbinsel und den Fruchtbaren Halbmond bis zum Indus und der Gangesebene führt.<sup>15</sup> Die derzeit fünf zugangsstärksten Herkunftsländer in deutschen Asylverfahren (Syrien, Afghanistan, Türkei, Irak und Iran)<sup>16</sup> liegen allesamt in dieser Region.

Wasser und sein Management sind dabei ein regionales Thema, das regelmäßig mehr als nur ein Herkunftsland betrifft und eng mit der Geopolitik vor allem der MENA-Region verwoben ist. Naturgemäß haben sich die Bevölkerungszentren der Region in der Nähe verfügbaren Wassers, also vor allem an

<sup>13</sup> Hierzu Gebhardt & Nüsser: Kriege um Wasser – eine übertriebene Befürchtung?, ohne Datum, [https://www.geog.uni-heidelberg.de/md/chemgeo/geog/human/gebhardt\\_kriege\\_wasser.pdf](https://www.geog.uni-heidelberg.de/md/chemgeo/geog/human/gebhardt_kriege_wasser.pdf), abgerufen am 18.09.2023.

<sup>14</sup> Phys.org: Mideast nations wake up to damage from climate change, 25.07.23, <https://phys.org/news/2022-07-mideast-nations-climate.html>, abgerufen am 18.09.2023.

<sup>15</sup> Eine Studie des WRI bereitet die vorliegenden Daten graphisch auf: <https://www.wri.org/insights/highest-water-stressed-countries#:~:text=The%20most%20water%20stressed%20regions,%2C%20where%2074%25%20is%20exposed>, abgerufen am 18.09.2023.

Es ist zu beachten, dass z.B. für Afghanistan nur sehr begrenzte Daten vorliegen und Indizien eher auf eine problematischere Situation hinweisen.

<sup>16</sup> Vgl. BAMF: Asylgeschäftsstatistik (01-08/23), 07.09.23, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Asylgeschaeftsstatistik/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-kumuliert-2023.html>, abgerufen am 18.09.2023.

großen Flüssen, gebildet. Diese fließen heute meist durch mehrere moderne Staaten, die sich nicht immer einig über Wassernutzungsrechte sind. Einige der besonders relevanten Flüsse seien hier erwähnt: Euphrat und Tigris, die vor allem die Länder Türkei, Syrien und Irak durchfließen, der Helmand, der seit einem Jahrhundert zu einem geopolitischen Konflikt zwischen Iran und Afghanistan führt sowie der Nil, der vor allem für die sehr bevölkerungsreichen Länder Äthiopien, Sudan und Ägypten, in denen zusammen mehr als eine Viertelmilliarde Menschen leben, von hoher symbolischer wie alltäglicher Bedeutung ist. Der Euphrat entspringt in Ostanatolien, hat jedoch seine größte Bedeutung stromabwärts. Vor Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges lieferte er das Wasser für etwa 85% der syrischen Landwirtschaft und ist mit dem Tigris eine der beiden Lebensadern Iraks. Der Rückgang der Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser wird als Hauptursache für die seit 2022 grassierende Choleraepidemie angesehen.<sup>17</sup> In Irak wiederum hat der Rückgang in Kombination mit mehrjähriger Dürre inzwischen Ausmaße angenommen, welche die Internationale Organisation für Migration (IOM) von 73.000 intern Vertriebenen durch Wassermangel sprechen lassen.<sup>18</sup> Es besteht das ernsthafte Risiko, dass Euphrat und Tigris bis 2040 in Irak ausgetrocknet sein könnten.<sup>19</sup> Der Helmand entspringt in Afghanistan und mündet in Iran in den Hamun-See, der bereits während der Jahrtausendwende einmal zwischenzeitlich austrocknete. Die 1973 vertraglich festgelegte Wassermenge hat Afghanistan niemals einhalten können. Inzwischen hat der Konflikt auch zu Gefechten an der Grenze geführt.<sup>20</sup> Eine Besonderheit des Konfliktes ist auch, dass die Wasserentnahme in Afghanistan zu großen Teilen dem Opiumanbau zu Gute kommt, dessen Endprodukte durch Iran an die Abnehmermärkte geschmuggelt werden.<sup>21</sup> Der Nil wird inzwischen zum großen geopolitischen Problem zwischen den Anrainern Äthiopien, Sudan und Ägypten. Die etwa 110 Millionen Menschen in Ägypten zuverlässig mit Trinkwasser zu versorgen wird zu einer großen Herausforderung.<sup>22</sup> Dies wird deutlich verkompliziert durch ein großes Dammbauprojekt in Äthiopien (120 Millionen Menschen), das für die stromabwärts liegenden Länder eine ernsthafte

Bedrohung ihrer Versorgungssicherheit darstellt.<sup>23</sup> Da dieser Konflikt zwei der militärisch stärksten Staaten Afrikas betrifft, werden seit einer Dekade immer wieder Befürchtungen über eine militärische Eskalation formuliert, zumal hier die Existenz Ägyptens als Staat gefährdet sein könnte.<sup>24</sup>

Schließlich müssen Länder erwähnt werden, die nicht von einem der klassischen großen Ströme durchflossen werden, aber aufgrund der klimatischen Veränderungen inzwischen in erheblichem Maße von Wasserknappheit betroffen sind. Besonders herausgehoben seien hier Jordanien<sup>25</sup> und Libanon<sup>26</sup>. In Rückgriff auf das eingangs erwähnte Zitat muss festgestellt werden, dass zwar bisher keine Kriege um Wasser geführt worden sind, die Bedeutung des Zugangs zu Wasser insgesamt aber auch in Bezug auf Migration und künftige Krisen nicht unterschätzt werden darf. Sofern nicht durch effektiveres Wassermanagement, die Einführung moderner Technologien und eine Verlangsamung des Klimawandels gegengesteuert wird, wird er als beitragender Faktor zu Migrations- und Fluchtentscheidungen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

*Länderanalysen*

## Neue Länderreporte zu Eritrea und Somalia

Der 60. Länderreport aus den Länderanalysen befasst sich mit der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) in Eritrea. Weibliche Genitalverstümmelung wird auch heute noch in vielen Ländern der Welt praktiziert und UNICEF schätzt, dass weltweit mindestens 200 Millionen beschnittene Frauen und Mädchen leben. Das nordöstliche Afrika, darunter auch Eritrea, ist eines der Hauptverbreitungsgebiete von FGM. Der erste Teil des Länderreports befasst sich mit der Prävalenzrate und untersucht, welchen Einfluss verschiedene Merkmale, wie zum Beispiel Alter oder sozialer Status, auf die Wahrscheinlichkeit einer Genitalverstümmelung in Eritrea haben. Im weiteren Verlauf des Berichtes wird beschrieben, welche Typen von FGM in Eritrea vorkommen, weshalb FGM durchgeführt wird und welche Bemühungen unternommen werden, um die Praxis zu stoppen.

17 Center for Strategic & International Studies: The Future of the Euphrates River in Syria, ohne Datum, <https://features.csis.org/the-future-of-the-Euphrates-River/>, abgerufen am 18.09.2023.

18 IOM: Climate-Induced Displacement – Southern Iraq, März 2023, [https://iraqdtm.iom.int/files/Climate/2023330056362\\_iom\\_DTM\\_Climate\\_Displacement\\_South\\_March\\_2023.pdf](https://iraqdtm.iom.int/files/Climate/2023330056362_iom_DTM_Climate_Displacement_South_March_2023.pdf), abgerufen am 18.09.2023.

19 Al Jazeera: 'How would you survive?': Desperation grows in Iraq water crisis, 28.06.2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/6/28/how-would-you-survive-desperation-grows-in-iraq-water-crisis#:~:text=According%20to%20the%20United%20Nations,its%20water%20demands%20by%202035>, abgerufen am 18.09.2023.

20 Science.org: On the Afghanistan-Iran border, climate change fuels a fight over water, 04.08.2023, <https://www.science.org/content/article/afghanistan-iran-border-climate-change-fuels-fight-over-water>, abgerufen am 18.09.2023.

21 T-Online: Droht hier der erste Klimakrieg?, 01.06.23, [https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id\\_100184374/afghanistan-iran-konflikt-droht-jetzt-der-erste-klima-krieg.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100184374/afghanistan-iran-konflikt-droht-jetzt-der-erste-klima-krieg.html), abgerufen am 18.09.2023.

22 UNICEF: Water Scarcity in Egypt, ohne Datum, <https://www.unicef.org/egypt/documents/water-scarcity-egypt>, abgerufen am 18.09.2023.

23 BBC: Egypt angry as Ethiopia fills Nile dam reservoir amid water row, 11.09.2023, <https://www.bbc.com/news/world-africa-66771155>, abgerufen am 18.09.2023.

24 Eine Veranschaulichung bietet z.B. RealLifeLore: Why This Circle Could Spark Africa's Biggest War, <https://www.youtube.com/watch?v=5-O8DaSoo-wo>, abgerufen am 18.09.2023.

25 UNICEF: Water, sanitation and hygiene, ohne Datum, <https://www.unicef.org/jordan/water-sanitation-and-hygiene>, abgerufen am 18.09.2023.

26 Middle East Institute: Amid Lebanon's perfect storm of crises, water demands attention, 17.10.2022, <https://www.mei.edu/publications/amid-lebanons-perfect-storm-crises-water-demands-attention>, abgerufen am 18.09.2023.



Der 61. Länderreport stellt einen Überblick über geschlechtsspezifische Gewalt in Somalia dar, wobei der Fokus auf häuslicher Gewalt, insbesondere Gewalt in der Partnerschaft, sexualisierter Gewalt, Früh- und Zwangsehen sowie weiblicher Genitalverstümmelung liegt. Neben Risikofaktoren werden auch Unterstützungsmöglichkeiten und die rechtliche Situation beleuchtet.

Die Länderberichte können wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

#### Länderanalysen

## MedCOI - Medical Country Report Vietnam

Im August 2023 wurde durch die Europäische Asylagentur (EUAA) der MedCOI Country Report Vietnam<sup>27</sup> veröffentlicht.

Im Bericht wird ein Überblick über das vietnamesische Gesundheitssystem zur Verfügung gestellt, wobei auch geographische, demographische und ökonomische Faktoren berücksichtigt werden.

Im Fokus steht die allgemeine Gesundheitsversorgung. Zusätzlich werden im Bericht unter anderem der Pharmaziesektor, öffentliche und private Gesundheitsdienstleistungen sowie das Krankenversicherungsmodell näher thematisiert.

Die öffentlich zugängliche Publikation kann über die [EUAA-Homepage](#) oder in [MILo](#) abgerufen und verwendet werden.

Informationsvermittlungsstelle (IVS)

## OVG Greifswald / Eritrea: Zumutbarkeit einer Reueerklärung zur Erlangung des Diasporastatus

Die eritreische Regierung verlangt von Rückkehrenden nach Eritrea oftmals die Zahlung einer Aufbausteuer sowie die Abgabe einer sogenannten Reueerklärung zur Erlangung des Diasporastatus vor einer Rückkehr nach Eritrea. Im Zentrum obergerichtlicher Rechtsprechung steht aktuell die Frage der Zumutbarkeit der Abgabe einer solchen Reueerklärung. Bis zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts

(BVerwG) vom 11. Oktober 2022 – 1 C 9.21, ging die obergerichtliche Rechtsprechung davon aus, dass die Abgabe der Reueerklärung zumutbar sei.<sup>28</sup>

Im Rahmen einer ausländerrechtlichen Streitigkeit hat das Bundesverwaltungsgericht mit o.g. Urteil entschieden, dass es einem subsidiär Schutzberechtigten nicht zugemutet werden könne, einen Pass unter Abgabe einer Reueerklärung zu erlangen. Dies widerspreche dem Prinzip, dass sich niemand selbst bezichtigen müsse, insbesondere aufgrund des abgeforderten Loyalitätsbekenntnisses zum Herkunftsstaat.<sup>29</sup>

Diesen Grundsatz haben einige Obergerichte nunmehr auf asylrechtliche Verfahren übertragen.<sup>30</sup>

Einer Übertragbarkeit auf asylrechtliche Verfahren ist das OVG Mecklenburg-Vorpommern nunmehr ausdrücklich entgegengetreten (Az.: 4 LB 145/20). Als Kernaussage des Urteils führt das OVG aus, dass die Erlangung des Diasporastatus zumutbar sei. Der Maßstab der Zumutbarkeit und dem damit zumutbaren Vermeidungsverhalten sei im unionsrechtlichen Konzept des internen Schutzes nach Art. 8 Abs. 1 Richtlinie 2011/95/EU, § 3e AsylG zu finden. In der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts<sup>31</sup> sei geklärt, dass die Niederlassung in einem anderen Landesteil schon dann zumutbar sei, wenn dem Ausländer am Ort des internen Schutzes nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit andere Gefahren oder Nachteile drohen, die nach ihrer Intensität und Schwere einer für den internationalen Schutz relevanten Rechtsgutbeeinträchtigung gleichkommen. Die rechtlichen und tatsächlichen Nachteile, die einen Kläger erwarteten, der eine Reueerklärung zur Erlangung des Diasporastatus abgebe, kämen nach Intensität und Schwere einer für den internationalen Schutz relevanten Rechtsgutbeeinträchtigung nicht gleich. Mit der Unterzeichnung seien keine rechtlichen Nachteile verbunden, es handele sich um eine symbolische Geste der Unterwerfung. Der eritreische Staat sei sich bewusst, dass die Erklärung weder freiwillig abgegeben werde, noch der Überzeugung des Erklärenden entspreche. Die Reueerklärung stelle auch keine mit der Menschenwürde unvereinbare Selbstbezichtigung im strafrechtlichen Sinne oder ein Geständnis dar, sie führe nicht zu einer Strafverfolgung, sondern regelmäßig zu einem Absehen von Strafe. Eine Verletzung von Art. 6 EMRK liege daher nicht vor.

Das OVG Mecklenburg-Vorpommern widerspricht insofern ausdrücklich der Rechtsprechung des OVG Lüneburg, Urteil vom 18. März 2021 – 8 LB 97/20. Auch der Eingriff in die Ehre und den sozialen Geltungsanspruch des Klägers sei nicht so schwerwiegend und

<sup>27</sup> MedCOI Country Report Vietnam, August 2023; [https://euaa.europa.eu/sites/default/files/publications/2023-08/2023\\_08\\_EUAA\\_MedCOI\\_Report\\_Vietnam\\_Healthcare\\_provision.pdf](https://euaa.europa.eu/sites/default/files/publications/2023-08/2023_08_EUAA_MedCOI_Report_Vietnam_Healthcare_provision.pdf), abgerufen am 30.08.2023.

<sup>28</sup> Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 18. März 2021 – 8 LB 97/20, -juris oder OVG Hamburg, Urteil vom 17. Oktober 2021 – 4 Bf 106/20.A, -juris.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., Rn. 27.

<sup>30</sup> Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 18. Juli 2023 – 4 LB 8/23, -juris; OVG Bautzen, Urteil vom 19. Juli 2023 – 6 A 923/20.A und 6 A 178/21.A.

<sup>31</sup> BVerwG, Urteil vom 18. Februar 2021 – Az.: 1 C 4.20, -juris.

gravierend, dass er einer nach Intensität und Schwere für den internationalen Schutz relevanten Rechtsgutbeeinträchtigung gleichkomme.

Diese Auffassung widerspreche auch nicht der o.g. Rechtsprechung des BVerwG. Der Maßstab der Entscheidung des BVerwG lasse sich nicht auf das hiesige Verfahren übertragen. In die ausländerrechtliche Abwägung seien die Interessen des Ausländers unter Beachtung seiner Grundrechte und der Wertordnung des Grundgesetzes einerseits mit den staatlichen Interessen, insbesondere der dadurch geforderten Rücksichtnahme auf die Personalhoheit des Herkunftsstaates, andererseits einzustellen. Mit Tatbestandswirkung sei festgestellt worden, dass dem Kläger des dortigen Verfahrens wegen der illegalen Ausreise und der Entziehung vom Nationaldienst in Eritrea eine Strafverfolgung im Sinne von § 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 AsylG drohe. Diese Feststellung treffe das erkennende Gericht für das hiesige Verfahren gerade nicht.

Im Ergebnis hat das OVG Mecklenburg-Vorpommern der Berufung des Bundesamtes daher stattgegeben und die Klage abgewiesen, die Revision wurde nicht zugelassen.<sup>32</sup>

*Prozessführung / Berufungsverfahren*

## OVG Berlin-Brandenburg / Syrien: Kein Familienflüchtlingsschutz für Zweitehefrau

Mit dem Urteil vom 17. Mai 2023 entschied das OVG Berlin-Brandenburg (Az. OVG 3 B 24/22) in einem Berufungsverfahren, dass nur eine Ehefrau eines in polygamer Ehe lebenden Flüchtlings Anspruch auf Familienflüchtlingsschutz habe. 2016 wurde der syrischen Staatsangehörigen der subsidiäre Schutz durch das BAMF zugesprochen. Nachdem ihrem Ehemann 2017 die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, stellte sie einen Folgeantrag. Den beiden gemeinsamen Kindern wurde darauf der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG gewährt, der Folgeantrag der Klägerin wurde jedoch als unzulässig abgelehnt, weil Familienflüchtlingsschutz nur einer Ehegattin des Flüchtlings und nicht auch der Zweitehefrau bewilligt werde. Mit dagegen erhobener Klage hat das Verwaltungsgericht Cottbus den Bescheid des Bundesamtes aufgehoben. Daraufhin reicht die Beklagte allerdings erfolgreich Berufung ein.<sup>33</sup>

32 Vgl. OVG Greifswald, Urteil vom 17.08.2023 - 4 LB 145/20 OVG, in MfL: [https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28910096/OGV\\_Greifswald%2C\\_vom\\_17.08.2023%2C\\_4\\_LB\\_145\\_20\\_OVG%2C\\_Urteil.pdf?nodeid=28911085&vernum=-2](https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28910096/OGV_Greifswald%2C_vom_17.08.2023%2C_4_LB_145_20_OVG%2C_Urteil.pdf?nodeid=28911085&vernum=-2), abgerufen am 26.09.2023.

33 Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17.05.2023 - OVG 3 B 24/22, in MfL: [https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28946933/OGV\\_Berlin-Brandenburg%2C\\_vom\\_17.05.2023%2C\\_OVG\\_3\\_B\\_24\\_22%2C\\_Urteil.pdf?nodeid=28946934&vernum=-2](https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28946933/OGV_Berlin-Brandenburg%2C_vom_17.05.2023%2C_OVG_3_B_24_22%2C_Urteil.pdf?nodeid=28946934&vernum=-2), abgerufen am 08.09.2023.

Gemäß § 26 Abs. 1, Abs. 5 AsylG bleibt eine weitere Ehefrau unberücksichtigt, wenn bereits einer Frau des Ehemannes, dem die Flüchtlingseigenschaft in Deutschland zuerkannt worden ist, Familienflüchtlingsschutz gewährt worden ist. Es werde angenommen, dass für § 26 Abs. 1, Abs. 5 AsylG das Eheverständnis des Art. 6 Abs. 1 GG heranzuziehen sei, der nach europäischer Rechtstradition nur den Bund von zwei Personen, also die Einehe, einschließt. Gesetzlich sei es auch nicht notwendig den Familienflüchtlingsschutz auf weitere Ehepartner eines Flüchtlings zu erweitern, auch wenn eine vergleichbare Bedrohungssituation wie beim Schutzberechtigten selbst bestehen würde. Dem Ehegatten stehe jedoch frei einen eigenen Asylantrag zu stellen und prüfen zu lassen. Dem Ganzen stehe auch das Recht der Europäischen Union nicht entgegen, da die Richtlinie 2011/95/EU schon keinen Familienflüchtlingsschutz im Sinne von § 26 AsylG vorsehe oder verlange. Vielmehr spreche sogar alles für die Annahme, dass weitere Ehegatten einer polygamen Ehe vom Begriff des Familienangehörigen nach Art. 2 Buchst. j, 1. Spiegelstrich der Richtlinie 2011/95/EU nicht eingeschlossen seien und es unionsrechtlich geboten sei, den Familienflüchtlingsschutz nicht auch auf weitere Ehegatten eines Flüchtlings auszudehnen.<sup>34</sup>

Der Senat ist folglich zu der Überzeugung gelangt, dass die Voraussetzungen für das Wiederaufgreifen des Asylverfahrens nicht vorliegen. Die Klägerin könne die Zuerkennung von Familienflüchtlingsschutz nicht beanspruchen, weil es sich bei ihr um die Zweitehegattin ihres Mannes handle und einer Ehefrau bereits Familienflüchtlingsschutz gewährt worden sei. Wegen grundsätzlicher Bedeutung hat das OVG die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen, sodass höchstrichterlich geklärt werden kann, ob die weitere Ehefrau eines in Mehrehe lebenden Flüchtlings Familienflüchtlingsschutz beanspruchen kann, obwohl dieser Schutz schon einer Ehegattin gewährt worden ist.<sup>35</sup>

*Rechtsdokumentation*

## VG Oldenburg / Haiti: Abschiebungsverbot aufgrund humanitärer Krise

Das Verwaltungsgericht (VG) Oldenburg kommt mit seinem Urteil vom 9. August 2023 (Az.: 3 A 4558/17) zu dem Ergebnis, dass für eine fünfköpfige Familie aufgrund der schlechten humanitären Lage in Haiti ein Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG festzustellen sei.

34 Vgl. ebd.

35 Vgl. ebd.

Asylbegründend trugen die Kläger vor, dass sie aufgrund ihrer politischen Überzeugung verfolgt worden seien. So sei die selbständig betriebene Fahrzeugreparaturwerkstatt des Vaters überfallen und abgebrannt worden, da dieser für die Partei Fanmi Lavalas Wahlplakate aufgehängt habe. Das Gericht hält die Kläger zwar für glaubwürdig, eine substantiierte Darlegung eines Verfolgungsgrundes gemäß § 3b AsylG sei jedoch nicht hinreichend begründet. Dass der Überfall aufgrund eines politischen Bezugs erfolgt sei, vermute der Vater lediglich. Umstände des Überfalls würden darauf jedoch nicht hindeuten. Der erlittene Schaden erreiche auch nicht die Schwelle der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne des § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AsylG. Der Kläger mag zwar körperlich misshandelt und sein Geschäft abgebrannt worden sein. Dennoch seien seine Verletzungen offenbar nicht besorgniserregend gewesen, da er bereits am nächsten Tag aus dem Krankenhaus entlassen worden und sofort in der Lage gewesen sei, seine Flucht zu organisieren.

Ferner trug der Vater der Familie vor, dass er aufgrund seiner HIV-Infektion im Stadium AIDS einer sozialen Gruppe gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG zugeordnet werden könne, so dass er bereits aufgrund der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe in Haiti einer Vielzahl von Gefahren ausgesetzt sei, die jedenfalls in ihrer Kumulation die erforderliche Gefahrendichte im Hinblick auf Art, Schwere und Anzahl erreichen würden. Das VG folgte dieser Argumentation nicht. Es fehle an dem eine soziale Gruppe charakterisierenden externen Merkmal der abgegrenzten Identität. Die erkrankten Personen in ihrer Gesamtheit seien weder als Gruppe innerhalb der sie umgebenden Gesellschaft unmittelbar bestimmbar, noch würden sie eine fest umrissene Identität aufweisen.

Für die Kläger sei jedoch ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG festzustellen. Nach Auswertung der Erkenntnismittel kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass sich Haiti in einer humanitären Krise wie nie zuvor befinde und seit Jahrzehnten von politischen Unruhen, Bandenkriminalität, Umweltkatastrophen, Hungerkrisen und damit verbundener Folgen gekennzeichnet sei. Der sich fortsetzende Preisanstieg bei den Lebenshaltungskosten von durchschnittlich 88 Prozent innerhalb des letzten Jahres habe für die ohnehin schon verarmten Familien zu weiteren Problemen geführt. Durch die anhaltende Gewalt rivalisierender Banden seien in Haiti Versorgungsketten unterbrochen. Dadurch sei landesweit der Zugang zu Nahrungsmitteln und Krankenhäusern eingeschränkt, für viele Kinder zusätzlich jener zu den Schulen. Fast 90 Prozent der Bevölkerung lebten aktuell unterhalb der Armutsgrenze und ein Drittel sei von extremer Armut betroffen. Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse komme das Gericht zu der Überzeugung, dass derzeit angesichts der gravierenden Verschlechterung der Sicherheitslage, der unzulänglichen

Gesundheitsversorgung sowie der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Haiti für die Kläger als Rückkehrer aus dem westlichen Ausland die hohen Anforderungen eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG i.V.m. Art. 3 EMRK erfüllt seien, zumal in ihrer Person keine besonderen begünstigenden Umstände vorlägen.<sup>36</sup>

*Rechtsdokumentation*

<sup>36</sup> Vgl. VG Oldenburg, Urteil vom 09.08.2023 - 3 A 4558/17, in MIlO: [https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28946935/VG\\_Oldenburg\\_%28Ol-denburg%29%2C\\_vom\\_09.08.2023%2C\\_3\\_A\\_4558\\_17%2C\\_Urteil.pdf?no-deid=28947478&vernum=-2](https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28946935/VG_Oldenburg_%28Ol-denburg%29%2C_vom_09.08.2023%2C_3_A_4558_17%2C_Urteil.pdf?no-deid=28947478&vernum=-2), abgerufen am 06.09.2023.



## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Bonizzoni, Paola; Fresnoza-Flot, Asuncion:** [13] Membership intermediaries: a study of pluri-generational mixed-status families in Italy and France. - 1 Online-Ressource (17 Seiten). - In: [CMS] Comparative migration studies. - 11 (2023)

**Beurskens, Kristine [u.a.]:** Aushandlungen von Zugehörigkeiten - europäische Grenzregionen im Fokus. - 7 Seiten: 3 Illustrationen, 3 Karten. - In: Geographische Rundschau. - (2023), Heft 6, Seite 10-16

**Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung:** vom 16. August 2023. - 1 Online-Ressource (25 Seiten). - In: Deutschland: Bundesgesetzblatt / 1 - Online. - (2023), Heft 217

**Graf, Johannes:** Berichtsreihen zu Migration und Integration / Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl. - 1. Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige. - Stand: 06/2023. - Nürnberg: BAMF, 2023. - 1 Online-Ressource (40 Seiten). - ISBN 978-3-944674-35-3

**Hruschka, Constantin:** Reformvorschläge zum Gemeinsamen Europäischen Asylrecht. - 2 Seiten. - In: Asyl: Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis / Hrsg.: Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe (SFH). - 38 (2023), Heft 3, Seite 22-23

**Jahrbuch des Migrationsrechts** für die Bundesrepublik Deutschland. - 2022. - 1. Auflage. - 2023. - 458 Seiten. - ISBN 978-3-7560-0692-2

**Lies, Victoria:** Aktuelle Rechtsprechung zu Dublin-Überstellungen nach Litauen. - 7 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht / Informationsverbund Asyl e.V.. - (2023), Heft 7-8, Seite 243-249

**Lincoln, Sarah:** Ohne Angst zum Arzt: wie die Meldepflicht in § 87 Aufenthaltsgesetz Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus den Zugang zur Gesundheitsversorgung versperrt. - 2022. - 1 Online-Ressource (Seite 54-66)

**Löw, David; Röder, Sebastian:** Keine Pflicht zur Reue (mehr)? Ableitungen aus BVerwG 1 C 9.21, Urt. v. 11.10.2022. - 1 Online-Ressource (5 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 7-8, Seite 262-266

**Melissourgos, Stamatis [u.a.]:** Stuck in Greece?: unaccompanied minors' stratified access to family reunification on the way to other EU member states. - 1 Online-Ressource (27 Seiten). - In: European journal of migration and law. - 25 (2023), Heft 3, Seite 301-327

**Otero Moreno, Conchita:** Qualifizierung nicht professioneller Sprachmittler: eine Didaktisierung für das Community Interpreting. - Berlin: Frank & Timme, [2023]. - 423 Seiten: Illustrationen, Diagramme. - ISBN 978-3-7329-0961-2

**Der Selbstbetrug:** wenn Migrationspolitik die Realität ignoriert. - Freiburg [u.a.]: Herder, 2023. - 128 Seiten. - ISBN 978-3-451-39651-9

**Spijkerboer, Thomas:** Migration management clientelism: Europe's migration funds as a global political project. - 1 Online-Ressource: 1 Karte. - In: Journal of ethnic and migration studies: JEMS. - 48 (2022), Heft 12

**Stöckl, Thomas:** Gerichtliche Sachaufklärung bei Erkrankungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht: Plädoyer für eine verfassungskonforme Auslegung des § 60 a IIc AufenthG. - 1 Online-Ressource (7 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 7, Seite 240-246

**Wie steht es um den Paradigmenwechsel im Migrationsrecht?:** Bericht zu den Hohenheimer Tagen zum Migrationsrecht "Migrationsrecht in Zeiten von Krieg und Krise" vom 19.-21.05.2023 / Julian Seidl. - 1 Online-Ressource (4 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 7-8, Seite 266-269

**Wittmann, Philipp:** Nur scheinbar unvereinbar: Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG) und Duldung für Personen mit ungeklärter Identität (§ 60b AufenthG). - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Informationsbrief Ausländerrecht: InfAuslR. - (2023), Heft 7-8, Seite 257-262

# Impressum

ISSN 2940-7001

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

09/2023

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis


iStockphoto

## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)  
<https://milo.bamf.de>  
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

